

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
für ein Jahr monatlich 20.00 Mark.
Belegungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich,
Sonnabend - Anschlag Nr. 23.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreise: Die Nebengebühren
bestehen für Anzeigen aus Aus und
Umgebungen 0.40 Mark, unermittelte
Anzeigen 0.60 Mark, Restanten-Beleg-
preise 0.20 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 199

Sonnabend, den 26. August 1922

17. Jahrgang

Die Abreise.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Herren Sir John Bradbury und Maucelere haben gestern nachmittags Berlin wieder verlassen und eine amtliche Rundgebung berichtet über den Verlauf ihrer Besprechungen mit den deutschen Regierungsstellen sowie über den Charakter ihrer Abreise. Es ist üblich, daß solche Verlautbarungen im beiderseitigen Einverständnis formuliert werden, und man kann darum die amtliche deutsche Mitteilung für zutreffend halten. Natürlich werden die französischen Agenturen und Korrespondenten ihre besonderen Interpretationen drahten, aber es scheint wirklich nicht nötig zu sein, sich darüber besonders aufzuregen.

In der amtlichen Mitteilung befindet sich zunächst die Feststellung, daß die Besprechungen zu Ende geführt worden sind. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann das nur bedeuten, daß die in ihrem begrenzten Zwecke geführten Beratungen ein normales Ende gefunden haben. Der Bericht stellt freilich fest, daß bis jetzt ein positives Ergebnis nicht vorliegt, jedoch sind verschiedene Anregungen gegeben und geprüft worden. Besonders wichtig ist die weitere Feststellung, daß der hauptsächlichste Zweck der Entente-Abgesandten der war, sich über die gegenwärtige Lage Deutschlands zu unterrichten. Die Vertreter der Reparationskommission glauben, jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission darüber umfassende Auskünfte geben zu können, sowie die Reparationskommission über die „Anregungen“ zu unterrichten. Offenbar handelt es sich bei diesen Anregungen um die „Gegenvorschläge“, von denen besonders in der Pariser Presse die Rede war. Es stellt sich jetzt heraus, daß diese Anregungen von den Ententevertretern nicht abgelehnt worden sind, wie selbst gewisse Berliner Nachrichtenstellen behaupteten. Aus der ganzen Situation Deutschlands und den Zuständen in den germanischen Ländern, besonders Frankreich, ergibt sich, daß die Lage nach wie vor nicht leicht ist. Aber gerade in einer solchen Atmosphäre ist es schon wichtig, wenn kein Abbruch der Verhandlungen erfolgt. Die deutschen Anregungen sind sicher von ernster Bedeutung. Das geht schon daraus hervor, daß über sie eine besondere Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattgefunden hat. Nach dieser Kabinettsitzung hat der Reichskanzler die Abgesandten der Reparationskommission erneut empfangen. Der Besprechung haben der Reichsfinanzminister Hermes und der Staatssekretär Bergmann beigewohnt. In ihr sind die Vertreter der Reparationskommission bereit gewesen, die deutschen Anregungen der Reparationskommission zu übermitteln. Ob jetzt die Reparationskommission allein entscheidet oder ob man noch deutsche Sachverständige für gewisse detaillierte Auskünfte hinzuziehen wird, scheint noch nicht festzustehen.

Ueber den Charakter der deutschen Anregungen verläutet offiziell und offiziell garnichts. Aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Deutschland eine Wampause für sich angerechnet hat, die allermindest bis zum Ende des Jahres dauern muß. In dieser Zwischenzeit verlangt die Entente Garantien. Da der Rest der Barzahlungen Welpen hätte zugute kommen müssen, so würden sich gerechterweise die Garantien darauf beschränken müssen, Belgians Ansprüche irgendwie sicherzustellen. Frankreich fordert auf Grund des Friedensvertrages Kohle und Holz, die es auch erhalten wird. Aber auch ihm wird man wohl eine für uns erträgliche Sicherheit angeboten haben. Aus den Verhandlungen der Reparationskommission, die am Montag wieder zusammentritt, dürfte man erfahren, um welche Art der Sicherheit es sich handelt, die man Frankreich gegeben hat.

Es ist nur zu hoffen, daß die Wampause zu Beginn der neuen Woche nicht wieder in die alte Verbo- stützt zurückfallen. Der Abschluß der Berliner Verhandlungen hat erwiesen, daß die Dreierbereiten am Devisenmarkt völlig unberichtigt gewesen sind. Tatsächlich stürzte denn auch gestern der Dollar von 2000 plötzlich auf 1850 Mark herab. Selbstverständlich ist auch die in diesem Tage zum Ausdruck kommende Unterbewertung der Mark noch völlig unberichtigt. Die wahnsinnige Hinauftrieberei ist nur entstanden durch die irrfinnigen Gerüchte, die täglich herumgetragen wurden. In erster Linie trägt die Schuld daran die französische Presse. Es ist verdienstlich, daß von amtlicher deutscher Seite Poincare eine Antwort gegeben wird, aber man hätte dabei die französische Presse nicht vergessen dürfen. Hoffentlich werden die deutschen Ausführungen gegen den französischen Ministerpräsidenten von der Reparationskommission nicht weniger beachtet, als die deutschen Anregungen. Die Abreise von Rastenau genau so berechnete Vorleistung Deutschlands von über 100 Milliarden Goldmark, stellt ein Drittel

des ganzen deutschen Nationalvermögens vor dem Kriege dar. Wie man nach einer schematischen und gründlichen Ausraubung eines völlig erschöpften Landes von bösem Willen reden kann, ist eine Rohheit, die ihresgleichen sucht. Zumal dann, wenn man diesem ausgefogenen Lande obendrein noch durch das Unmaß der Forderungen jede Kreditmöglichkeit genommen hat. Lloyd George hat seinen Sommerurlaub unterbrochen, um wegen der ersten Lage der Reparationsfrage in London anwesend zu sein. Man muß dringend hoffen, daß er seinen Vertreter in der Reparationskommission jetzt erteilt, das Moratorium unter ausländigen Bedingungen zur Tat werden zu lassen. Poincare hat Europa an den Rand einer Katastrophe geführt, und nur wenn in der Reparationskommission jetzt die Vernunft die Oberhand gewinnt, ist die Katastrophe noch abzuwenden.

Hoffnung auf Fortsetzung der Verhandlungen.

Die gestrige Kabinettsitzung, die um 10 Uhr begann, dauerte ungefähr bis 1/2 11 Uhr. 1/2 11 Uhr empfing der Reichskanzler im Gegenwart des Reichsfinanzministers und des Staatssekretärs Bergmann Bradbury und Maucelere zu einer letzten Besprechung. Dem neuen von deutscher Seite formulierten Vorschlag soll das Kabinett seine Zustimmung gegeben haben. Die Vertreter der Reparationskommission sollen sich bereit erklärt haben, den deutschen Vorschlag nach Paris mitzunehmen, um ihn der Reparationskommission vorzulegen. Man glaubt über diesen Vorschlag zu wissen, daß er in folgenden zwei Punkten gipfelt:

1. Eine Wampause für Deutschland in der Form eines Moratoriums, wenn auch nur bis zum Ende des Jahres und
2. Sicherheiten für Frankreich, daß es jene Lieferungen an Holz und Kohlen erhält, auf die es aus dem Friedensvertrag und späteren Abkommen Anspruch erhebt und die ihm in einer für Deutschland erträglichen Form geleistet werden sollen.

Von unterrichteter Seite wird noch mitgeteilt, daß die Kreise der ausländischen Diplomaten und Politiker in Berlin in dem Verhalten der Botschaft und gewissermaßen überstärzten Devisenkäufen schreitender Industrieller eine höchst bedauerliche Unvernunft und Kopflosigkeit sahen. Daß die Moratoriumsverhandlungen sehr schwierig sind, sei selbstverständlich, aber die Berliner Besprechungen seien, nachdem ein Moment der Spannung überwunden war, in einem durchaus sachlichen Tone und mit dem ausdrücklichen Bemühen, eine Verständigung zu erzielen, geführt worden. Die endgültige Entscheidung konnte in diesen Besprechungen nicht getroffen werden. Mit einer Fortsetzung der Verhandlungen, die vielleicht nicht mehr in Berlin stattfinden, könne man rechnen.

Das Kommuniké.

Die offiziellen Besprechungen zwischen Sir John Bradbury und Maucelere einerseits, dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister andererseits, die am letzten Montag begonnen hatten, sind heute zu Ende geführt worden und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris zurückgekehrt. Obwohl man nicht sagen kann, daß die Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis gehabt haben, so sind jedoch verschiedene Anregungen gegeben und geprüft worden. Die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der Hauptzweck ihrer Reise war und sie über die eben erwähnten Anregungen zu unterrichten.

Die Katastrophe für Mitteleuropa.

In der gesamten Londoner Presse spiegelt sich die große Beforgnis wider, die das gemeldete Scheitern der Berliner Verhandlungen und der ungeheure Sturz der Mark in England erzeugt haben. Die Times veröffentlicht auf der Hauptseite das Schreiben eines erfahrenen Beobachters europäischer Angelegenheiten, der die Lage in Deutschland als sehr ernst bezeichnet. Wenn in Deutschland Hungerunruhen ausbrechen, werde Deutschland durch eine wirtschaftliche Katastrophe übermächtig werden, die niemand werde eindämmen, noch aufhalten können. Was würde dann aus den jungen Ländern Mitteleuropas werden?

Daily Express sagt: Wenn kein Wunder geschieht, dann ist Deutschland bankrott. Die Hoffnung, daß im gegenwärtigen Augenblick Reparationen in der Form von einem Lande erteilt werden können, dessen Finanzen sich in einem derartigen Chaos befinden, muß aufgegeben werden. Das einzige Heilmittel sei die Herab-

setzung der Entschädigungssumme. — Daily Telegraph sagt: Die Retortionsmaßnahmen im Elsaß haben Frankreich mehr Schaden zugefügt als Deutschland.

Ein Strich durch 1914—1918 das Beste.

Der Arbeiterführer Thomas erklärte gestern in einer Rede, wenn Oesterreich zusammenbräche und Deutschland ihm auf diesem Wege folge, werde Frankreich zehnmal schlimmer daran sein, als jetzt. Er hoffe immer noch, Frankreich werde vernünftig werden. Das einzige Mittel, um eine allgemeine Zusammenarbeit der Nationen wieder herbeizuführen, sei seiner Meinung nach, einen Strich durch die Jahre 1914 bis 1918 zu ziehen und alle Bemühungen lediglich auf die Sache des Weltfriedens zu richten.

Ueberschichten im Bergbau.

Bei den unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers abgehaltenen Verhandlungen mit den Bergarbeitern wurde vereinbart, daß für das Ruhrgebiet zum Ausgleich der im September zu erwartenden Teuerung eine Erhöhung der Schichtlöhne um durchschnittlich 150 Mark erfolgen soll. Ein weiterer Betrag von 140 Mark soll als Ausgleich der noch nicht abgegoltenen Teuerung in der zweiten Hälfte des Monats August sowie unter Berücksichtigung der Tatsache gewährt werden, daß die Bergarbeiterlöhne stets erst erheblich nach der Zeit ausgezahlt werden, in der sie verdient worden sind. Außerdem soll das Hausstandsgeld vom 1. September ab um 3 Mark, das Kindergeld um 2 Mark je Schicht erhöht werden. Für die übrigen Kohlenreviere steht eine Einigung über die Lohnfrage bevor.

In Würdigung der außenpolitischen Lage und der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands vereinbarten die Parteien ferner, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes vom 1. September an bis auf weiteres an drei Tagen der Woche im Anschluß an die regelmäßige Schicht je zwei Ueberstunden verfahren werden. Die Vergleiche sollen für diese Ueberarbeit einen Lohnzuschlag von 50 v. H. erhalten. Dieser Zuschlag wird nicht durch Erhöhung des Kohlenpreises gedeckt werden.

Im übrigen sollen die Organe der Kohlewirtschaft am 30. August über die Preisverhöhung beschließen, die durch die Lohnerhöhung notwendig wird. Für die übrigen Steinkohlengebiete ist der Abschluß von Ueberschichten-Abkommen, soweit sie nicht schon wie im Aachener Bezirk bestehen, gleichfalls zu erwarten.

Die notwendige Steigerung der Kohlenpreise.

Die zustandgekommenen Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Kohlenbergbau werden auf der anderen Seite eine sehr wesentliche Steigerung der Kohlenpreise im Gefolge haben. Wie aus industriellen Kreisen mitgeteilt wird, ist damit zu rechnen, daß im kommenden Monat der Rentner Kohlen ab Grube im Durchschnitt auf 300 Mark, zu sehen kommen, dazu treten die Transportkosten, die jetzt ebenfalls erhöht werden, und die Verdienstspanne für Klein- und Großhändler, so daß sich die Kohle durchschnittlich auf 400 Mark für 50 Kilo stellen wird. In Verbindung mit der Erhöhung der Kohlenpreise steht auch eine Preiseraufhebung der Nebenprodukte, wie Teer, Teeröl, Benzol usw. Durch das Ueberschichtenabkommen hofft man jedoch die Einfuhr von englischer Kohle erheblich herabmindern zu können. Im Januar dieses Jahres hat Deutschland für 148 Millionen Mark Kohlen aus England bezogen und im Juli war die Einfuhr auf 1108 Millionen Mark gestiegen. Im ersten Halbjahr sind für rund 2 1/2 Milliarden Mark englische Kohlen importiert worden. Durch die Mehrförderung hofft man, die negative Seite der deutschen Handelsbilanz zum Teil beseitigen zu können.

Die Reichsregierung warnt vor Streiks wegen des Ernstes der Zeit.

Bei den Besprechungen des Reichskanzlers mit Führern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die gegenwärtige Wirtschaftslage wurde von der Regierung gebeten, alle Streikabsichten möglichst aufzugeben, namentlich solche Streiks, die die Ernährung der Bevölkerung gefährden, und sich aller Terrorakte zu enthalten. Der Schaden, der durch Landarbeiter- und Transportarbeiterstreiks in den letzten Wochen erwachsen ist, ist nicht wieder gutzumachen. Verlorene Getreide muß im Auslande gekauft werden und verschlechtert unsere Baluta noch mehr, verteuert die Lebensmittel auf Kosten der Gesundheit des Volkes. Angefichts der schlechten Ernte sind Streiks, die die Ernährung gefährden, ein Verbrechen am Volke.

werbe
arkte.
en der
en und
1 der
8 Stunden
und nicht

Stadt.
ilung.

gottesdienst
Schmüller.
ein. Abend

ds. Dienst-
ittwoch, den
saale: Vfr.
ännerabend
ber, abend
rrhausalle,
rrter Ortel.

Beichte und
Abend

nen
e.

n
er
er.

haft.

nen

ue.

teute
woil, erb.
und Rat.
burg 96,
6. 120.

haar

trillerjalon
ernstul 620.

alte,
chaftsstelle

schwarzen
delansalle
Dr. Walsch
rln 7 33.